

Frage: Herr Koschnick, was einem auffällt, ist, dass die führenden Sozialdemokraten diese Vorgänge bei den Unionsparteien in einem merkwürdig unheilschwangeren Ton kommentieren, so, als ob ein Vorgang aus der Weimarer Republik - Parteienzersplitterung - sich abspielt. Man hört förmlich heraus, als ob die SPD die Einheit der Unionsparteien wieder herstellen möchte?

Antwort: Nein, das nicht. Es geht nicht um den Bereich Parteienzersplitterung. Davor haben wir keine Sorge. Wohl aber haben wir die Sorge, dass im demokratischen Kraftfeld der bisher gefundene gemeinsame Konsens, der insbesondere sich 1949 entwickelte, aufgegeben wird durch eine Politik, einer Mischung von bayerischer Volkspartei und deutsch-nationalem Handlungsgehilfen-Vereins aus dem Jahre 1925 oder 1933 sich ergibt. Wir haben schon einmal erlebt, dass die Schwesterpartei des Zentrums vor 1933 - im Jahre 25 - nicht bereit war, den Zentrums-Vorsitzenden Marx zu unterstützen als demokratischen Kandidaten für den Reichspräsidenten. Damals hat die bayerische Volkspartei Hindenburg unterstützt. Jeder Zug nach rechts - der ist deutlich geworden durch Herrn Strauß - ist das, was wir befürchten, weil wir einfach wissen, wieviel Deutsche latent immer noch ansprechbar sind für eine deutsch-nationale Position, die uns zweimal Unheil gebracht hat. Darin besteht unsere Sorge. Und unsere Sorge besteht, dass wir nichts gelernt haben sollten aus der Weimarer Zeit; denn wir Jüngeren, die wir aus dem Kriege wiedergekommen sind, hatten uns nach 1945 alle einmal vorgenommen, Gräben zu überbrücken und nicht neue aufzureissen.

Frage: Aber sind die Auseinandersetzungen in den Unionsparteien nicht auch eine Folge des Wahlkampfes, den Sie analysiert haben?

Antwort: Nicht eine Folge des Wahlkampfes, aber ganz sicher eine Folge einer unterschiedlichen Einschätzung von Seiten der CDU/CSU, was die Rolle der FDP anbelangt. Strauss möchte die FDP töten, d.h. unter die Fünf-Prozent-Grenze bringen, Kohl möchte sie als Koalitionspartner gewinnen. Diese Auseinandersetzung muss ausgeglichen werden in der CDU/CSU. Sie mag begleitet werden mit Kommentaren von der FDP, nicht von Seiten der SPD. Unser Problem ist, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass Machtbesessene dabei sind, demokratische Substanzen in Gefahr zu bringen, die eigentlich das ausmachen, was wir gemeinsam aufgebaut haben.

-.---.--.